

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

| | |
|---|--|
| Ausschussbetreuender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport | Datum 22.02.2006 |
| | Schriftführerin Susanne Baran |
| | Telefon-Nr. 02202/14467 |
| Niederschrift | |
| Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport | Sitzung am Dienstag, dem 24. Januar 2006 |
| Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 19:47 Uhr |
| | Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) |
| Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis | |
| Tagesordnung | |

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A4
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
Seite A4
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 29.11.2005 - öffentlicher Teil - 3/2006, Seite A5**
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite A5
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite A5
- 6. Raumsituation am Schulzentrum Herkenrath**
1/2006, Seite A6

7. **Genehmigung des Ganztagsbetriebes für die Gemeinschaftshauptschule Ahornweg**
13/2006, Seite A6
8. **Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages für den städtischen Tennisplatz "Wapelsberg" mit der SSG 09 Bergisch Gladbach zur Errichtung einer Kunst-rasensportanlage**
7/2006, Seite A8
9. **Weiterbildung geht zur Schule**
688/2005, Seite A10
10. **Erinnerungswerkstatt in der VHS**
689/2005, Seite A10
11. **Stadtteilbücherei Bensberg- Lösung für 2006 und neues Konzept**
9/2006, Seite A11
12. **Neues Konzept Villa Zanders**
8/2006, Seite A13
13. **Sonderförderung Kultur / geplante Veranstaltungen zum Stadtjubiläum des GL-Kult - Stadtverband für Kunst, Literatur und Geschichte - Bergisch Gladbach e. V.**
6/2006, Seite A16
14. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite A16
15. **Anträge der Fraktionen**
Seite A17

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
Seite B1

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 29.11.2005 - nichtöffentlicher Teil -**
4/2006, Seite B1

3. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite B1

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite B1

5. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite B1

6. **Anträge der Fraktionen**
Seite B2

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden bzw. stellvertretenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest und tritt in die Tagesordnung ein.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@->

Herr Schier macht eine Anmerkung zur Niederschrift auf der Seite 26, TOP A22 „Antrag der FDP zu Erhöhung der Mahngebühren der Stadtbücherei“. Im zweiten Satz „Aber durch eine Erhöhung der Mahngebühren und eine Kürzung der Entleihzeiten komme nicht automatisch mehr Geld in die Kasse“ ist „Kürzung der Entleihzeiten“ zu streichen, da dies nicht Bestandteil des Antrags sei.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beschließt die Änderung einstimmig.

Zudem habe es in der vergangenen Sitzung keine Beratung zu dem Antrag gegeben, der Beschluss aber werde lt. Niederschrift auf die nächste Sitzung vertagt. Jedoch sei er auf der heutigen Sitzung nicht als Tagesordnungspunkt aufgeführt, er bittet darum, dies zu tun und fragt, warum es nicht geschehen sei.

Herr Dr. Miede antwortet, dass der Antrag erneut unter A15 eingebracht werden könne. Frau Lenz-Reichwein habe in der letzten Sitzung angeboten, für die heutige Sitzung eine Vorlage zu erstellen.

Herr Dr. Speer erläutert, dass diese Vorlage für die heutige Sitzung aufgrund der Arbeiten an dem Konzept „Stadtteilbücherei Bensberg“ aus zeitlichen Gründen nicht erstellt werden konnte. Sie werde in der nächsten Sitzung am 04.04. im Zusammenhang mit dem Gesamtkomplex Stadtbücherei eingebracht.

Frau Schu fragt an, wie die Protokolle erstellt werden, sie vermisse ihre Diskussionsbeiträge zur Stadtbücherei.

Herr Kotulla antwortet, dass keine Wortprotokolle geführt werden. Die wesentlichen Teile der Diskussion werden festgehalten und zusammengefasst. Sollte es im vorliegenden Falle nicht geglückt sein, dann könne man nun festhalten und die Niederschrift darum ergänzen, dass es zu diesem Punkt eine ausführliche Diskussion gege-

ben habe.

Herr Dr. Mieke bekräftigt, dass es sich um ein Ergebnisprotokoll handelt.

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

<-@

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 29.11.2005 - öffentlicher Teil -**

@->

Herr Schütz fragt an, wie weit die Verwaltung mit der Entwicklung der Kulturförderrichtlinien sei.

Herr Dr. Mieke antwortet, dass es dazu eine Mitteilung beim TOP 5 geben wird.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

@->

Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

<-@

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

@->

Herr Dr. Speer erklärt, dass die Verwaltung aufgrund der knappen Zeitspanne zwischen der vergangenen Sitzung und der heutigen Sitzung und der Arbeiten an den Konzepten Stadtbücherei und Villa Zanders es nicht geschafft habe, sich den Kulturförderrichtlinien zu widmen. Das Thema sei zudem sehr komplex, da viele Interessen berücksichtigt werden und zahlreiche Kulturschaffende, wie der Stadtverband und der GL Kulturbetrieb, eingebunden werden müssen. Die Förderrichtlinien bräuchten zudem eine Zielvorgabe. Herr Dr. Speer und Herr Dr. Mieke hätten daraufhin im Vorfeld eine Zielvereinbarung abgeschlossen, die Förderrichtlinien werden im September in den Ausschuss eingebracht.

Herr Dr. Speer weist auf die Schulstatistik hin, die nun allen Ausschussmitgliedern vorliegt.

Herr Dr. Speer gibt bekannt, dass das von ihm angeregte Treffen zwischen den schul- oder sportpolitischen Sprechern, dem Vorstand des Fördervereins Mohnweg sowie dem Vorstand des Betreibervereins zwecks gegenseitigem Kennenlernen am 9.2. um 18 Uhr in der Wilhelm-Wagener-Schule stattfinden wird. Er bittet um eine kurze Mitteilung, wer an der Sitzung teilnehmen wird.

Herr Dr. Speer berichtet über die Holocaust Gedenkveranstaltung am 27. Januar um 19.30 Uhr in der VHS. In diesem Jahr hat das Stadtarchiv die Ausrichtung dieser vom Rat beschlossenen Gedenkveranstaltung übernommen. Am 30. Januar findet in der IGP in Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeirat eine große Veranstaltung statt. Er spricht Herrn Dr. Eßer seinen Dank aus und lädt alle Ratsmitglieder herzlich ein.

Herr Schütz fragt nach, wieso der Entwurf der Kulturförderrichtlinien so lange dauere. Frau Hieronymi habe doch bereits in 2001 einen Entwurf ausgearbeitet.

Herr Dr. Mieke antwortet, dass die damaligen Richtlinien nicht mehr dem heutigen

Sachstand entsprechen. Es solle nun ein umfassendes Papier erstellt werden, um eine grundsätzliche Ordnung im Kulturbereich zu schaffen. Dies habe ihn überzeugt. Herr Dr. Speer erläutert, dass die Vorlage von 2001 ursprünglich überarbeitet übernommen werden sollte. Sie sei jedoch hauptsächlich auf die Vereinsförderung ausgerichtet gewesen, die aber nun in 2006 nicht mehr gezahlt wird. Der Entwurf entspreche also nicht mehr den Gegebenheiten.

<-@

6 Raumsituation am Schulzentrum Herkenrath

@->

Frau Koshofer fragt an, ob die Provisorien nun abgerissen werden oder ob sie bleiben.

Sie werden abgerissen.

Herr Dr. Miede dankt den beteiligten Schulen. Hier habe man einen Kompromiss gefunden, der für alle akzeptabel ist.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

7 Genehmigung des Ganztagsbetriebes für die Gemeinschaftshauptschule Ahornweg

@->

Herr Dr. Speer erklärt, dass die Vorlage auf einem neuen Programm der Landesregierung basiert, die die Hauptschulen als echte Ganztagschulen einrichten möchte. Das Land finanziert über einen dreißigprozentigen Zuschlag auf die Lehrerstellen den Nachmittagsbetrieb. Eine Schule mit 20 Lehrerstellen bekommt dann sechs Kollegen zusätzlich. Von diesen sechs Stellen darf die Schule 1/3 kapitalisieren und mit diesem 1/3 kapitalisierten Geldes zusätzliche Maßnahmen einrichten. Zur Übersicht hat Herr Dr. Speer Kopien eines möglichen Stundenplanes verteilt. Anders als in der offenen Ganztagsgrundschule könne nachmittags Unterricht stattfinden. Für die notwendigen Baumaßnahmen stehen Bundesmittel zur Verfügung.

Herr Dr. Speer lädt im Namen des Schulleiters Herrn Thomas den Ausschuss zu einer Infoveranstaltung am 31.01. um 15.30 Uhr im Ahornweg ein.

Herr Mömkes erklärt, dass die CDU die Aktivitäten am Ahornweg begrüßt.

Herr Schier lobt das überzeugende Konzept. Er möchte wissen, ob für den Umbau der Hauptschule investive Maßnahmen notwendig seien, ob die Stadt auf Bundesfördermittel zugreifen könne und ob sich andere Schulen in der Stadt anschließen können.

Herr Dr. Miede erklärt, dass die Fragen auf der Seite 9b beantwortet werden, die Schule sei grundsätzlich saniert und brauche außer der Mensa keine zusätzlichen Räume. Die Bundesfördermittel werden beantragt, sind aber noch nicht bewilligt.

Herr Dr. Speer antwortet, dass für einen solchen Antrag bei der Bezirksregierung ein Schulkonferenzbeschluss vorliegen muss. Für die anderen Hauptschulen müsse man in die Planungen eintreten, ein Gesamtkonzept liege nicht vor.

Frau Lehnert möchte wissen, ob die Wilhelm-Wagener-Schule ins Programm aufgenommen werden könne.

Herr Dr. Speer erläutert, dass gemäß dem Konzept für die Hauptschulen eine ausgewählte Anzahl an Förderschulen mit aufgenommen werden sollen, landesweit werden

dies 30 Schulen sein. Es habe Gespräche mit der Schulaufsicht und der Schulleitung gegeben.

Herr Dr. Bernhauser fragt an, ob in dem Konzept auch die Ferienzeit berücksichtigt wird, wie es in der offenen Ganztagschule der Fall ist.

Für die Ferienzeit sind in dem Konzept keine konkreten Angebote aufgeführt. Danach sollte der Schulleiter in der Infoveranstaltung gefragt werden.

Herr Dr. Bernhauser kann sich gut vorstellen, dass die Hauptschule aufgrund ihrer pädagogischen Verantwortung Kooperationen für die Ferienzeit mit anderen freien Trägern eingehen werde.

Frau Winkels fragt an, ob die Kantine rechtzeitig fertig werde. Sie lobt das zügig erstellte Konzept und erkundigt sich, ob bei allen Angeboten jederzeit ein Lehrer für die Schüler erreichbar sein werde. Sie bittet um eine Kopie des Rechenschaftsberichtes für den Ausschuss, in dem die Schulen zum 31.10. der Bezirksregierung in strukturierter Form über die Verwendung des Ganztagszuschlags berichten (Seite 9m).

Herr Dr. Speer antwortet, dass der Bericht dem Ausschuss zur Verfügung gestellt wird.

Ein Lehrer müsse zudem immer anwesend sein. Die Schulleitung sei sich bewusst, dass die Kantine nicht bis zum 01.08.2006 fertig werden kann. Zunächst startet die Schule mit zwei Klassen. Wird der Ganztagsbetrieb dann mit der dritten Klasse aufgenommen, soll die Kantine fertig sein.

Frau Beisenherz-Galas begrüßt das Konzept. Sie merkt an, dass es bei der Nachmittagsbetreuung Schwierigkeiten geben könnte, sollte der Antrag abgelehnt werden.

Frau Koshofer berichtet, dass sie eine Anfrage der Marie-Curie-Realschule vorliegen habe, die ebenfalls Ganztagschule werden möchte. Sie fragt an, wie man damit nun umgehe.

Herr Dr. Miede erklärt, dass es sich da um das Schuljahr 2007/2008 handelt. Der Ausschuss werde gemeinsam zu überlegen haben, ob eine Integrationsmöglichkeit besteht. Am Jahresende soll über die gestellten Anträge berichtet werden.

Herr Dr. Miede fragt an, wann dem Ausschuss das komplette Konzept ausgehändigt werde, bisher liege ja nur ein Muster-Stundenplan vor. Herr Dr. Speer hofft, dass das Konzept am 31.01. ausgehändigt wird, ansonsten wird es mit der Niederschrift verteilt.

Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung Kultur, Schule und Sport beschließt vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung den Ganztagsbetrieb an der Gemeinschaftshauptschule Ahornweg und beauftragt die Verwaltung die entsprechenden Zuschussanträge bei der Bezirksregierung Köln zu stellen.

<-@

@-> <-@

8

Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages für den städtischen Tennisplatz "Wapelsberg" mit der SSG 09 Bergisch Gladbach zur Errichtung einer Kunstrasensportanlage

@->

Herr Kotulla erinnert an die Beschlüsse und Diskussionen im Zusammenhang mit der

Sportförderung. Dort habe man zunächst im Rahmen des HSK vorgesehen, sich von Sportflächen zu trennen. Es wurde dem Ausschuss ein begründetes Konzept vorgelegt, welches es möglich gemacht habe, mit der SSG 09 in Verhandlungen zu treten, um auf Dauer finanzielle Entlastungen zu erzielen. Der heutige Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kommunalaufsicht. Man sei mit der Kommunalaufsicht im Gespräch, da es im Zusammenhang mit der Gesamtsituation der Stadt Klärungsbedarf gibt, so z. B. zu dem formellen Akt der Bürgschaft, der Bonität und der Laufzeit des Vertrages. Man könnte die Meinung vertreten, dass der Vertrag die Dauer der Abschreibungen haben solle. Aus der Sicht der Stadt könnte man der Ansicht sein, dass dann nach 12-15 Jahren wieder Kosten anfallen und der Kunstrasen erneuert werden müsste. Sollte sich aus den Gesprächen etwas ergeben, was nicht mit dem Beschluss übereinstimme, würde der Ausschuss informiert.

Herr Willnecker begrüßt das Konzept, da es die Jugendarbeit unterstützt.

Frau Koshofer bemerkt, dass die Kosten nicht stark verringert werden, da das Personal zunächst weiter bezahlt werde. Die Bürgschaft bereite ihr Bedenken und sie möchte wissen, warum nicht die Belkaw diese übernehme.

Herr Kotulla erklärt, dass die Personalkosten erst nach und nach verringert werden könnten. Die Belkaw sei für die Bürgschaft nicht im Gespräch.

Die Bürgschaft durch die Stadt bewirke, dass günstigere Kommunalkredite in Anspruch genommen werden können. Von der Bonität des Vereins werde man sich überzeugen.

Herr Neu regt an, dass dieses Angebot auch anderen Vereinen gemacht werden solle. In der finanziellen Situation der Stadt seien derartige Kooperationen der einzige Weg. Er stimmt der Maßnahme ausdrücklich zu.

Herr Kierspel fragt an, ob der jährliche Zuschuss in Höhe von 14.000 € für alle 30 Jahre gilt. Dies ist der Fall.

Herr Schier fragt an, warum man das Grundstück nicht mit der Maßgabe der Bürgschaft durch die Belkaw an die SSG 09 verkauft. So entfielen alle Kosten.

Herr Kotulla antwortet, dass man verschiedene Möglichkeiten durchdacht habe, jedoch müsse man den Käufer, der den Kaufpreis und alle laufenden Kosten übernehmen könne, erst finden. Man solle sich auch nicht vorschnell von Eigentum trennen.

Herr Schütz sieht das Konzept kritisch, die Laufzeit sei extrem lang und andere Vereine würden evtl. benachteiligt. Er möchte wissen, wie die Sicht der Kommunalaufsicht betreffend die Bürgschaft ist und was der Stadtsportverband dazu sagt. Er führt das Modell der Villa Zanders/Galerie und Schloss e. V. als Vergleich an.

Herr Kotulla antwortet, dass es sich um einen nicht vergleichbaren Sachverhalt handle. Bzgl. der Vertragsdauer und der Bürgschaft sei man mit der Kommunalaufsicht im Gespräch. Würde dieses Modell nicht umgesetzt, dann würde der Platz in städtischer Regie erhalten. Ein Verkauf sei kritisch zu sehen, da der Platz mit Kinder- und Jugendmannschaften am Vormittag und Nachmittag absolut ausgelastet ist.

Herr Kleine fragt an, ob es Gespräche mit der Belkaw bzgl. der Bürgschaft gab.

Frau Koshofer führt an, dass doch bekannt sei, dass hinter der SSG 09 die Belkaw steht, daher liege es nahe. Der Eishockeyverein werde zusätzlich benachteiligt, dies

sei ärgerlich.

Herr Dr. Mieke stellt richtig, dass die Belkaw lediglich in das eigentliche Stadion involviert sei, nicht aber in den Platz am Wapelsberg.

Herr Schütz fragt an, ob es Stellungnahmen anderer Sportvereine gebe. Angesichts der Haushaltslage könne man sich nicht sicher sein, wie lange und in welcher Höhe ein Verein in Zukunft finanziell unterstützt werden kann. Er möchte wissen, wieso ein Kunstrasenplatz überhaupt notwendig sei.

Herr Weirich antwortet, dass andere Vereine genauso unterstützt werden würden. Durch einen Kunstrasenplatz erfahren Vereine einen erheblich gesteigerten Zulauf, da die Qualität des Spiels auf solch einem Platz wesentlich besser sei. Es gebe in der Stadt andere Vereine, die einen Kunstrasenplatz beantragen möchten. So sei man im Gespräch mit dem FC Bensberg, dort sei eine ähnliche Konstellation denkbar.

Frau Beisenherz-Galas sieht das Konzept weniger kritisch, da die Summe der Bürgerschaft überschaubar sei.

Herr Mömkes erklärt, dass es sich bei den 14.000 € nicht um einen Zuschuss handle; dieser solle dazu dienen, den Sportplatz und die Nebenanlagen zu betreiben. Die Stadt investiere in stadteigene Anlagen und helfe so, ihre Anlagen zu erhalten. Andere Vereine und Verbände würden ebenfalls Betriebskostenzuschüsse von der Stadt erhalten.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, mit drei Enthaltungen aus den Reihen der KIDinitiative und FDP, den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung Kultur, Schule und Sport stimmt dem Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages für den städtischen Tennenplatz „Wapelsberg“ mit der SSG 09Bergisch Gladbach zur Errichtung einer Kunstrasensportanlage vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht zu.

<-@

@-> <-@

9

Weiterbildung geht zur Schule

@->

Herr Ludwig erläutert, dass das Projekt vom Bewilligungsrahmen her abgeschlossen ist. Bei der überregionalen Evaluation sei aus der Sicht Bergisch Gladbachs aufgefallen, dass alle Schulformen erreicht wurden. Insgesamt wurden 602 Schüler erreicht und eine Lehrerfortbildung realisiert. Einige Angebote sollen in Zukunft über andere Finanzierungsquellen in den Schulen fortgeführt werden.

Herr Zalfen lobt das Projekt und fragt an, ob es eine Fortsetzung dieses Projekts geben wird.

Herr Ludwig antwortet, dass zur Zeit keine Finanzmittel zur Verfügung stehen, die Tendenz gehe dahin, in Zukunft Netzwerkstrukturen zu unterstützen. Dies sei aber noch Vision.

Herr Dr. Mieke betont die Bedeutung der Gewaltprävention.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

10

Erinnerungswerkstatt in der VHS

@->

Herr Ludwig präsentiert dem Ausschuss das Buch „Vor 50 Jahren“, welches innerhalb einer Woche ausverkauft war und der Nachdruck dies auch bald sein wird.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt an, inwieweit daran gedacht wurde, auch andere Medien als Bücher zu erstellen, so z. B. CD-ROMs. Jugendliche könnten so besser angesprochen werden.

Herr Ludwig verneint dies, nimmt es aber als Anregung gerne auf. Im September werde es eine Ausstellung geben, mit der man hofft, Schülergruppen zu erreichen.

Herr Kleine spricht sein Kompliment aus. Er möchte wissen, auf welchem Wege die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert werden, sich zu beteiligen. Herr Ludwig erklärt, dass dies durch die Zeitung geschehen sei, zudem wurde es im Programm der VHS ausgeschrieben. Es habe eine rege Beteiligung gegeben.

Frau Beisenherz-Galas möchte wissen, an wen sich interessierte Schulen wenden können, wenn sie mit den Autoren/Zeitzeugen Kontakt aufnehmen wollen. Der Kontakt kann durch die VHS oder den Förderverein aufgenommen werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

11 **Stadtteilbücherei Bensberg- Lösung für 2006 und neues Konzept**

@->

Herr Dr. Speer erläutert, dass man in der Vorlage versucht habe, dem Ausschuss in zwei Schritten die Ansätze zu verdeutlichen, zum einen der Versuch der Lösung für 2006 und zum anderen das neue Konzept ab 2007. Man habe den Vorschlag aufgegriffen, die Bücherei Bensberg in andere Trägerschaft zu geben. Das Modell „Öffentliche Schulbibliothek Paffrath“ sei jedoch auf die Bensberger Schulen aufgrund räumlicher Besonderheiten nicht zu übertragen. Die Gespräche zum Trägerschaftswechsel stünden ganz am Anfang, so dass für die Betriebskostenzuschüsse ein vom FB 4 entwickelter, aber realistischer Ansatz eingesetzt wurde.

Herr Kotulla betont, dass die Verwaltung aufgrund des Ausschussbeschlusses in die Konzeptentwicklung gegangen ist. Es sei jedoch nicht die Auffassung der Verwaltung, dieses Modell als das Optimum darzustellen. Man habe in der Novembersitzung aufgrund der Haushaltssituation einen, wenn auch radikalen, Beschluss vorgeschlagen. Jedes Modell, das die Stadtteilbücherei Bensberg erhalte, wird städtisches Geld kosten. Da in diesem Jahr 140.000 € und danach weitere 170.000 € eingespart werden müssen, gehe dies unweigerlich zu Lasten der Zentrale im Forum. Das Konzept der Verwaltung, zu dem die Verwaltung weiterhin stehe, hatte unter den Haushaltszwängen vorgesehen, die Bücherei Bensberg aufzugeben, um den Standort im Forum zu stärken. Dies sei mit dem nun entwickelten Konzept nicht zu erreichen.

Herr Mömkes ist sich der schwierigen Haushaltslage bewusst und bedauert die Schwächung der Zentrale, ist aber froh über die Erhaltung des Standorts Bensbergs.

Herr Kleine stimmt dem zu. Er bittet zu erläutern, wie hoch die tatsächlichen Einsparungen bei der auf Seite 26, I Ziffer 3, 4 und 5 beschriebenen Maßnahmen sein werden. Sollten die Planzahlen erreicht werden, bittet er die inhaltlichen Konsequenzen zu erläutern. Er möchte wissen, was der Begriff „Standardabsenkungen“ konkret bein-

haltet. Er möchte wissen, ob die auf Seite 27 angegebenen m² von 180 die endgültige Größe ist, oder ob diese noch in Verhandlung ist. Er fragt an, ob der Diplom-Bibliothekar bereits gefunden und eingestellt wurde und was der Betriebskostenzuschuss an Kosten abdecken soll. Er erkundigt sich, wie weit die Gespräche mit dem Progymnasium gediehen sind.

Herr Kleine erläutert, dass auf Seite 28 der finanzielle Beitrag mit 127.100 € für 2007 angegeben wird, der Vergleichsbetrag für 2006 beträgt 174.000 €. Er bittet um die Erläuterung der Differenz. Zudem fragte er an, wie die Auswirkungen auf das Forum sind.

Herr Dr. Speer antwortet, dass die tatsächlich erzielbaren Einsparungen der Pos. 3, 4 und 5 auf der Seite 27 20.000 €, 19.000 € und 4.800 € betragen.

Die vorgesehen Fläche für die eigentliche Bibliothek betrage 180 m². Unter dieser Fläche befindet sich das Bistro Cafe, wo ebenfalls ein kleinerer Bücherbestand aufgebaut werden könnte, zudem gebe es nutzbare Kellerräume zum Zwischenlagern. Es gebe verlässliche Ausleihzahlen aus Bensberg, so dass vorstellbar wäre, in Bensberg einen aufgrund der Statistik zusammengestellten Bestseller- und Sachbuchbestand zu belassen. Das Forum könne zu einer reinen Spezialbibliothek gemacht werden. Die Zivis des Progymnasiums würden den Austauschleihverkehr sicherstellen. Zur Zeit werden Gespräche mit dem Progymnasium geführt, Verträge gebe es noch keine. Bei den 127.100 € in 2007 handelt es sich um die Positionen „Personalkostenzuschuss“, „Betriebskostenzuschuss“ und evtl. die „Miete für den alten Standort“. Der Betrag 174.000 € ist auf der Kostenbasis 2004 errechnet worden, abzüglich 43.000 € für die beiden Personalkräfte unter II. Der Personalrat habe noch nicht abschließend entschieden. Der Reduzierungsbetrag für 2007 beträgt damit 47.000 €.

Herr Zalfen merkt an, dass man sich auf zwei Standorte fokussiere, mit einem Bücherreibus könnten aber mehr Stadtteile angefahren werden. Er bittet die Möglichkeit zu bedenken.

Herr Dr. Speer wird dies prüfen.

Herr Dr. Mieke bittet um eine eindeutige Klärung der Folgen für das Forum, da dort fast zwei Stellen eingespart werden.

Man müsse sich fragen, ob es Bensberg wert ist, dass das Forum nicht mehr betriebsfähig sein wird. Er bittet um eine eindeutige Darstellung in der Vorlage für die nächste Sitzung.

Frau Koshofer äußert sich verwundert über die Umwandlung des Forums in eine Spezialbibliothek. Frau Lenz-Reichwein erläutert, dass damit speziellere Literatur gemeint sei, die über die normale Basis hinausgehe. In Bensberg könnten maximal 5.000 Medieneinheiten untergebracht werden. Sie weist darauf hin, dass es eine behindertengerechte Bibliothek werden müsse, so dass die Regale niedriger sein werden. Der Schwerpunkt solle daher im Forum verbleiben.

Herr Kierspel stellt fest, dass die Öffnungszeiten in Bensberg und Stadtmitte gleich sein müssen. Er fragt an, was passiert, wenn der Diplom-Bibliothekar erkrankt.

Frau Schu bittet darum, zunächst nur die ersten Schritte zu besprechen, um das Konzept zügig auf den Weg zu bringen. Fragen zum Innenausbau und Öffnungszeiten seien doch erst die zweiten Schritte.

Herr Kotulla erklärt, dass die Verwaltung bis zur Stunde daran festhält, dass der radikale Beschlussvorschlag, Bensberg zu schließen, für das Büchereiwesen der richtige Vorschlag gewesen sei. So könnte eine funktionierende Bücherei erhalten werden. Alle Bedenken und Fragen des Ausschusses werden in die nächste Vorlage einfließen.

Herr Dr. Baemle-Courth erklärt, dass es sehr sinnvoll sei, Bensberg zu erhalten.

Herr Schier stimmt Herrn Kotulla zu. Er bittet Frau Lenz-Reichwein die Standardabsenkungen zu erläutern und ihre Einschätzungen abzugeben.

Frau Lenz-Reichwein erläutert, dass man zwischen 2006 und 2007 unterscheiden müsse. Mit dem Abbau von Personalkosten und Nebenkosten sei die Einsparung von 140.000 € nicht gelungen. Man habe daraufhin einen Antrag auf Mietminderung beim FB 8 gestellt, der positiv entschieden wurde. Es werde für den m² statt 9,25 nun 8 € gezahlt. So können für 2006 weitere 35.000 € eingespart werden und das Ziel von 140.000 € in 2006 erreicht werden.

2007 sind weitere 170.000 € einzusparen. Sollte das Modell „Pro-Gymnasium“ umgesetzt werden, verblieben ca. 75.000 € einzusparende Mittel. An Sachmitteln seien diese nicht vorhanden und könnten nur durch zusätzlichen Personalabbau erreicht werden. Es verbleibe eine Rumpfmannschaft, die mit reduzierten Öffnungszeiten arbeiten müsse.

Herr Schütz fragt an, wie viele Stunden die Bücherei geöffnet sein werde. Er erkundigt sich, ob das Modell „Progymnasium“ nicht als Übergangsmodell realisiert werden könne. Er fragt an, was mit den Medien geschieht, die nicht im Progymnasium untergebracht werden können.

Herr Dr. Miede bittet, die Vorlage in der nächsten Sitzung abzuwarten, da dort alle Anregungen und Bedenken berücksichtigt werden sollen.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

12 Neues Konzept Villa Zanders

@->

Herr Kotulla erklärt, dass man auch hier im Abstimmungsverfahren mit dem Personalrat sei und der Beschluss daher im ersten Teil unter den Vorbehalt der Zustimmung des Personalrats zu stellen sei.

Der Beschlussvorschlag wird daher ergänzt: Der Ausschuss möge beschließen: 1. Die vorgeschlagenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Verlustausgleichszahlungen in Höhe von 164.000 € für das Jahr 2006 werden **vorbehaltlich der Zustimmung des Personalrats** umgesetzt.

Bei dem Konzept ringt man darum, die Villa Zanders mit den zwei Verantwortlichkeiten „Galeriebetrieb ab 1. Obergeschoss“ und „dem Haus entsprechende Nutzung im Erdgeschoss“ zu einem Kunst- und Kulturhaus zu machen.

Es solle ein breiteres Spektrum an kulturellen Veranstaltungen geschaffen werden. Die Mietkosten des Erdgeschoss fallen für den Kunst- und Kulturbetrieb damit ab 2007 weg, müssen aber vom Kulturbetrieb aufgefangen werden. Daher müssen möglichst hohe Einsparungen erzielt werden. Man sei nach wie vor in Gesprächen mit dem Galerie und Schloss Verein. Zunächst sei es aber wichtig, dass die Einsparung

2006 vom Ausschuss beschlossen wird. In der nächsten Sitzung werde es eine ausführliche Darlegung des Konzepts geben.

Herr Dr. Mieke schlägt vor, die Vorlage in zwei Teilen zu beraten, zunächst I Seite 32-35 und dann II 35-37.

Herr Mömkes erläutert, dass das Bergische Museum nur vormittags geöffnet ist, was für Schülergruppen natürlich vorteilhaft ist. Er regt aber an, einen Tag in der Woche nachmittags zu öffnen.

Frau Lehnert fragt an, wie die Situation bzgl. der geplanten Einbindung von Ehrenamtlichen sei.

Herr Schütz macht auf einen Fehler in der Öffnungszeitenentabelle auf Seite 33 aufmerksam. Die Öffnung am Sonntag bedeute eine Verbesserung von einer Stunde, nicht einer Verschlechterung. Er findet es sehr bedauerlich, dass Personal abgebaut werden muss.

Herr Willnecker fragt an, ob in der Ferienzeit die Museen geöffnet seien, und wenn ja, ob dies erforderlich sei.

Herr Dr. Vomm erläutert, dass die Vorschläge die Museen an den Rand ihrer Existenz führen. Die Einsparung von 164.000 € sei nur mit Personaleinsparungen zu erzielen, die das Betriebsklima nicht verbessern.

Man müsse sich fragen, ob ein Museum, das überwiegend geschlossen ist, überhaupt Sinn mache. Man habe versucht, anhand der Besucherstruktur ein Öffnungszeitenkonzept zu erstellen. Mit Unterstützung von ehrenamtlichen Kräften könne der Betrieb aufrechterhalten werden. Ehrenamtler könnten aber nur dann funktionieren, wenn es einen Partner bei der Stadt gibt, der lenkt und steuert. Man hoffe, im Galerie und Schloss Verein ehrenamtliche Potentiale wecken zu können. Einen Tag im Bergischen Museum nachmittags zu öffnen, habe man überdacht, jedoch bisher nicht realisiert. Ob die Museen mit den Einschränkungen auf Dauer aufrecht zu erhalten sind, sei nicht gesichert. Ob es Sinn mache während der Ferien zu schließen, sei fraglich, da viele Familien die Museen in dieser Zeit besuchen.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet die Verwaltung, einen gesamthaften Blick auf die Öffnungszeiten aller Einrichtungen in Bergisch Gladbach zu werfen. Man könne besser damit umgehen, wenn es so etwas wie Erlebnistage gebe, an denen alles in einem Stadtteil geöffnet sei. Man müsse sich aber dann daran gewöhnen, dass es dann Tage geben werde, an denen in einem Stadtteil nichts geöffnet hat.

*Der ABKSS fasst mehrheitlich, mit einer Enthaltung aus den Reihen der KIDinitiative, den folgenden **ergänzten** Beschluss:*

*Die vorgeschlagenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Verlustausgleichzahlungen in Höhe von 164.000,- € für das Jahr 2006 werden, **vorbehaltlich der Zustimmung des Personalrats, umgesetzt.***

Herr Kleine zeigt sich erleichtert, dass der Betrieb der Villa Zanders mit dem vorgestellten Konzept nun fortgeführt werden kann und dankt Herrn Dr. Vomm und der Verwaltung für die konstruktive Mitarbeit. Er meint, dass die Stadt die Verantwor-

tung für das Erdgeschoss nicht komplett aus der Hand geben und sich eine größere Einflussnahmemöglichkeit bewahren sollte. Er möchte zudem wissen, wer zukünftig die Vermarktung des Erdgeschoss übernehmen solle.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt an, wer sich aktuell um die Fossiliensammlung kümmere, wie mit der Sammlung zukünftig verfahren werde und wie es komme, dass diese nun plötzlich kostengünstiger ist.

Herr Dr. Speer antwortet, dass die Kosten der Fossiliensammlung an eine andere Stelle im Kulturbetrieb verlagert werden sollen und damit nicht mehr das Budget des Kunst- und Kulturbesitz belasten werden. So könne z. B. der Theaterzuschuss, der durch das Kulturbüro ausgezahlt wird, um 13.000 € erhöht werden. Im Gegenzug räumt Herr Pfenning die Nutzung der Vitrinen durch die Fossiliensammlung ein. Die Überlegungen bzgl. der Verantwortlichkeit für das Erdgeschoss seien noch nicht abgeschlossen, so gebe es das Denkmodell, den Geschäftsführer des Bergischen Löwen mit dem Eventmanagement zu beauftragen. Andere Denkmodelle seien aber möglich, mit dem Galerie und Schloss e. V. finden weitere Gespräche statt.

Herr Kotulla ergänzt, dass es Absicht sei, die Villa Zanders zu einem Kunst- und Kulturhaus zu machen. D. h. im Erdgeschoss sollen über die musealen Zwecke hinaus kulturelle Veranstaltungen angeboten werden. Es müssten dazu Veranstalter ins Haus geholt werden, die selbstverständlich passend sein müssen. Ein professionelles Management soll zu diesem Zwecke geschaffen werden. Auch der Galerie und Schloss Verein habe erklärt, dass er diese zweigeteilte Verantwortung möchte. Sollte eine stärkere Anbindung an die Stadt gewünscht sein, sei es vorstellbar, den Geschäftsführer des Bergischen Löwen damit zu betrauen. Es seien aber noch weitere Informationsgespräche notwendig.

Herr Mömkes dankt allen Beteiligten für die Neukonzeptionierung. Er befürwortet die Verantwortlichkeit des Bergischen Löwen für das Erdgeschoss, zudem werde dadurch der Galerie und Schloss e. V. entlastet.

Frau Beisenherz-Galas fragt an, wie der Betrieb des Erdgeschoss finanziert werden soll. Eine Finanzierung durch den Bergischen Löwen oder des Galerie und Schloss e. V. sei schwer vorstellbar.

Herr Dr. Miege erläutert, dass diese Frage Gegenstand der Beratungen und Gespräche in den nächsten Wochen sei.

Frau Koshofer zeigt sich erfreut über das neue Konzept und meint, es sei Aufgabe der Verwaltung, nun in Gespräche mit dem Bergischen Löwen zu treten.

Die zweigeteilte Verantwortlichkeit sei sehr sinnvoll. Sie fragt an, ob die Fossiliensammlung nicht vom Stadtarchiv übernommen werden könne.

Herr Schütz hält es für wichtig, dass es eine enge Zusammenarbeit und Absprache zwischen den Verantwortlichen im Erdgeschoss und der Galerie im Obergeschoss geben wird, um Störungen zu vermeiden. Er möchte wissen, warum die Theaterkasse keine Miete an die Villa Zanders zahlt, die Villa aber umgekehrt eine Miete für die Vitrinen der Fossiliensammlung.

Die Zuständigkeiten seien klar zu definieren, wenn der Bergische Löwe die Zuständigkeit für das Erdgeschoss übernehmen sollte.

Herr Schier fragt an, wieso zwingend der Bergische Löwe das Erdgeschoss übernehmen solle, dies könnten doch auch andere Externe tun. Er möchte wissen, ob die Idee noch weiter verfolgt werde und ob diesbezüglich schon Gespräche geführt würden.

Herr Kotulla antwortet, dass sich Externe gemeldet hätten, die Gespräche seien aber noch nicht abschließend zu Ende geführt. Aufgrund des sensiblen Bereichs sei auch nicht jeder Eventmanager geeignet.

Herr Kierspel betont, dass nur solche Veranstaltungen in die Villa Zanders kommen dürfen, die zum Charakter des Hauses passen.

Herr Schier beantragt, die Debatte nun zu beenden und abzustimmen.

Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Das vorgestellte Konzept der Neuausrichtung der Villa Zanders wird weiter verfolgt und die Ergebnisse werden zur weiteren Beschlussfassung in der Sitzung des ABKSS am 4. April 2006 vorgelegt.

<-@

@-> <-@

13 **Sonderförderung Kultur / geplante Veranstaltungen zum Stadtjubiläum des GL-Kult - Stadtverband für Kunst, Literatur und Geschichte - Bergisch Gladbach e. V.**

@->

Herr Dr. Miede teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt A13 entfällt.

<-@

@-> <-@

14 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@->

Herr Schütz bittet darum, dass bei allen Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen der Vordruck am Ende der Vorlage mit den entsprechenden Zahlen ausgefüllt wird. Er fragt, wieso dies bisher nicht immer erfolgt.

Herr Dr. Miede entgegnet, dass in den heutigen Vorlagen die finanziellen Aspekte in den Vorlagen detailliert dargelegt wurden.

Herr Schütz fragt an, ob die Sporthallen und sonstigen Sporteinrichtungen aufgrund der Ereignisse in Bad Reichenhall überprüft wurden und ob es von Seiten der Stadt eine Art Notfallprogramm gebe.

Herr Weirich antwortet, dass die Turnhallen regelmäßig überprüft werden. Es gebe lediglich ein Dach einer Sporteinrichtung mit der Leimbinderkonstruktion, und zwar das Dach des Stadions. Es wurde jetzt nochmals überprüft und kleine Nachbesserungen in einer Größenordnung von 2.500 € wurden getätigt. Lt. statischer Überprüfung sei das Dach sicher.

Frau Koshofer fragt an, wie es die VHS schaffe, das Kursangebot um 10 % zu erhöhen und gleichzeitig Kosten einzusparen.

Herr Ludwig erläutert, dass man nach dem Minimax-Prinzip verfare, mit möglichst wenig eingesetzten Ressourcen soll ein möglichst hoher Gewinn erreicht werden.

Die Ressourcen der VHS würden aufgrund der Einsparungen kontinuierlich reduziert, gleichzeitig würden mehr Produkte entwickelt die einen Mehrwert bringen. Die Ressourcen werden also optimal genutzt.

Herr Dr. Miede erinnert daran, dass in der Sitzung am 29.11. ein Hallennutzungskonzept angekündigt wurde.

Herr Dr. Speer erklärt, dass der Begriff des „Hallennutzungskonzepts“ missverständlich sei. Am 29.11. wurde das neue Sportkonzept beschlossen, in dessen Rahmen die neuen Nutzungsgebühren für die Sporthallen umgesetzt werden sollen. Die großen Vereine wurden bereits über die Änderungen informiert. Alle Vereine teilen nun der Verwaltung die tatsächlichen Hallennutzungszeiten mit. Aufgrund der tatsächlichen Nutzungen wird dann eine neue Hallenbelegung vorgenommen und anhand dieser die Rechnungen an die Vereine ausgestellt.

Frau Beisenherz-Galas fragt an, ob das Problem der Schulverweigerung im Kreis ein Problem darstellt. Sollte dies der Fall sein, erkundigt sie sich nach dem Vorhandensein von statistischem Material und welche Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Herr Dr. Speer antwortet, dass das Schulverwaltungsamt darin keine Einsichtnahmemöglichkeit habe, dies sei innere Schulangelegenheit. Er könne mit der zuständigen Schulaufsicht sprechen und nachfragen, ob es dort entsprechende Materialien gebe. Sollte er dazu Unterlagen bekommen, werde er sie zur Verfügung stellen.

Herr Brenneiser erklärt, dass ihm eine Mängelliste der Marie-Curie Realschule vorliege. Die Liste soll dem Fachbereich 4 seit dem 15.12.2005 vorliegen. Die Schulleitung fragt an, weshalb bisher keine Reaktion seitens der Verwaltung darauf erfolgte. Die Angelegenheit wird schriftlich beantwortet.

<-@

15 Anträge der Fraktionen

@->

Antrag: Ablehnung der Aufhebung von Schuleinzugsbezirken

Herr Dr. Miede erläutert den als Tischvorlage vorliegenden Antrag von CDU und SPD. Die Frage der Aufhebung der Schuleinzugsbezirke wurde im Ausschuss bereits diskutiert, worauf sich CDU und SPD einig wurden, dem Ausschuss einen Antrag vorzulegen. Herr Dr. Miede liest den Beschluss vor. Der Antrag würde bei Zustimmung an die Landesregierung weitergeleitet. Der Antrag sei eine unerlässliche Notwendigkeit, um eine vernünftige Grundschulorganisation aufrechtzuerhalten.

Herr Schier fragt an, wieso der Antrag dem Ausschuss erst jetzt als Tischvorlage zugehe. Es sei schwierig, nun dazu Stellung zu nehmen. Er bittet, den Antrag zu vertagen.

Herr Dr. Miede erklärt, es sei erst in der vergangenen Woche zu diesem Antrag gekommen.

Herr Mömkes erklärt, dass die Landesregierung zur Zeit das neue Schulgesetz diskutiert. Der Beschluss, der am heutigen Tage herbeigeführt werden soll, solle der Landesregierung die Möglichkeit zum erneuten Nachdenken geben. Bei einer Vertagung in die nächste Ausschusssitzung sei das Schulgesetz bereits verabschiedet.

Frau Koshofer erklärt, dass sie zu dem Thema kürzlich mit Herrn Dr. Speer und Herrn Pütz diskutiert habe. Sie hätten ihr in diesem Zusammenhang ein Papier zur Verfügung gestellt, indem die Aufhebung der Schuleinzugsbezirke mit den Auswirkungen für Bergisch Gladbach nicht grundsätzlich als Problem dargestellt werde. Eine

Ghettobildung werde nicht erfolgen. Sie weist darauf hin, dass auch in der Vergangenheit Fälle von Ungerechtigkeit aufgetreten seien, indem Eltern bei der Anmeldung Verwandte in anderen Bezirken als Wohnort angeben hätten, um das Kind auf die gewünschte Schule schicken zu können.

Herr Dr. Baeumle-Courth ist ebenfalls überrascht von der Tischvorlage, erklärt aber, dass die Diskussion ja bekannt sei. Er unterstützt den Antrag, damit Planungssicherheit für die Kommunen erhalten bleibt. Er bittet die Verwaltung um eine sinnhafte Grenzziehung der Schulbezirke und darum, eine gewisse Flexibilität zu erhalten.

Herr Mömkes erklärt, dass es um eine grundsätzliche politische Entscheidung gehe, die die Politiker der Landesregierung zum Nachdenken bringen soll. Es werde den Kommunen ein wichtiges Steuerungsinstrument genommen. Die vor kurzem erst als Offene Ganztagschulen eingerichteten Grundschulen sollen vernünftig arbeiten können, dafür würden die Einzugsbezirke benötigt.

Herr Dr. Bernhauser unterstützt den Antrag. Ihm sei ein Fragebogen verschiedener wissenschaftlicher Institute des Landes NRW im Auftrag des Schulministeriums zur Zusammenarbeit von Schulen und Kindergärten zugegangen. Es sei Ziel der Landesregierung, den Übergang vom Kindergarten in die Schule möglichst gleitend und unproblematisch zu gestalten. Daher sei es nötig, dass die in einem Sozialraum angesiedelten Schulen und Kindergräten eng zusammenarbeiten, um den Bildungsprozess der Kinder ohne Störung verlaufen zu lassen. Es würden die Schuleinzugsbezirke benötigt, um diese Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Herr Schier erklärt, dass dann doch die Reglementierung aufgehoben werden könnte, da die Kinder ohnehin in dem ihnen bekannten Sozialraum verbleiben. Es merkt an, ob denn kein Vertrauen in die Selbstregulation durch die Eltern bestünde. Es sei unmöglich, den Eltern staatliche Regularien aufzuzwängen, die Eltern müssten die freie Wahl haben, zumal sie die ja bei der Wahl der weiterführenden Schule auch haben. Es sei spekulativ, ob Grundschulstandorte dadurch aufgegeben werden müssen. Er stimmt dem Antrag nicht zu.

Der ABKSS stimmt dem Antrag mit drei Gegenstimmen aus den Reihen der FDP und KIDinitiative mehrheitlich zu und fasst damit den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport lehnt die Abschaffung der Einzugsbezirke für Grundschulen durch die Landesregierung NRW ab. Der Ausschuss sieht hier die Gefährdung der pädagogischen Integration im Primarbereich des öffentlich-rechtlichen Schulwesens als Grundlage der im Grundgesetz garantierten demokratischen Gesellschaftsordnung.

Antrag: Erstellung Prioritätenliste Sanierung Sportplätze

Herr Zalfen, erklärt, dass sich der Ausschuss am 22.02.2005 mit der Sanierung des Sportplatzes Milchborntal befasst habe. Herr Neu habe dort die Anregung gegeben, eine Prioritätenliste für die Sanierung aller Sportplätze aufzustellen. Bis zum heutigen Tage liegt diese Liste nicht vor, daher möchte er die Erstellung dieser Liste formal beantragen und vom Ausschuss beschließen lassen.

Der ABKSS stimmt dem Antrag einstimmig zu und beschließt damit die Erstellung einer Prioritätenliste zur Sanierung der Sportplätze durch die Verwaltung.

Antrag: Erhöhung der Mahngebühren der Stadtbücherei

Herr Schier stellt den Antrag der FDP zur Erhöhung der Mahngebühren der Stadtbücherei am Forum zur Debatte und Abstimmung.

Das Entscheidende dieses Antrags sei es, dass er die Büchereileitung entlaste, indem ein fertiges Konzept bestehe.

Frau Lenz-Reichwein erklärt, dass man bereits seit mehreren Monaten Überlegungen anstelle, wie die Einnahmen erhöht werden können, ohne dass die Benutzer im Gegenzug ausbleiben. Es handle sich um ein sehr sensibles Thema, da hohe Mahngebühren abschreckend auf die Benutzer wirken könnten und diese ausbleiben. Man habe eine Arbeitsgruppe gebildet und werde in der April-Sitzung eine Vorlage zur Abstimmung stellen, dessen dann zu treffender Beschluss rechtskräftig zum 01.07. sein soll. Die Anregungen der FDP werde man in die Überlegungen einbeziehen.

Herr Schier erklärt, dass gewisse Entleihzeiten vorgesehen sind, an die sich die Benutzer zu halten haben. Nur die, die sich nicht daran halten, haben die Mahngebühren zu zahlen. Er bezweifelt, dass es zu einem Benutzerrückgang kommen wird.

Herr Schütz meint, dass zu hohe Mahngebühren evtl. den „Markt“ kaputt machen könnten, weil die Leute von den Gebühren so abgeschreckt sind, dass sie die Medien überpünktlich zurückbringen und so auch keine Erhöhung der Einnahmenseite erzielt werden kann.

Er plädiert für moderate Mahngebühren.

Frau Beisenherz-Galas unterstützt dies und meint, die Gestaltung der Gebühren solle der Büchereileitung überlassen werden.

Herr Willnecker schließt sich dem an.

Herr Schier erklärt, dass die Zahlen im Antrag nicht aus der Luft gegriffen wurden, er habe Vergleiche mit anderen Stadtbüchereien angestellt. Eine erste und zweite Mahnung seien nicht überall die gängige Praxis. Die Mahngebühren seien zudem nicht exorbitant hoch, 10 € nach 31 Tagen seien durchaus angemessen.

Der ABKSS lehnt den Antrag mehrheitlich mit einer Ja-Stimme aus den Reihen der FDP ab.

Frau Lenz-Reichwein wird für die April Sitzung eine Vorlage erstellen und dem Ausschuss zur Entscheidung vorlegen.

<-@